ALEXANDER HOLLERBACH

Wissenschaft und Politik: Streiflichter zu Leben und Werk Franz Böhms (1895-1977)

**Wissenschaft und Politik:
Streiflichter zu Leben und Werk
Franz Böhms (1895 - 1977)**

Von Alexander Hollerbach

Die Verknüpfung von Wissenschaft und Politik, genauerhin von Rechtswissenschaft und politischem Engagement in Legislative und Exekutive, ist eine Dominante im Lebensgang und in der Werkgeschichte *Paul Mikats*. In ganz eigener Prägung hat der „politische Professor“ in ihm Gestalt gewonnen¹. Er steht damit zwar nicht allein, aber die Zahl der Vorläufer sowohl als auch die der Mitstreiter ist gering. Um so mehr darf unter dieser Perspektive gerade in einer Festschrift zu seinen Ehren an eine Persönlichkeit von hohem Rang erinnert werden, nämlich an *Franz Böhm*². Zwar ist es weder das juristische Fach noch die Konfession, was den Jubilar mit diesem verbindet, wohl aber die Partei und, von weiteren Parallelen und Gemeinsamkeiten abgesehen, vor allem die moralische Dimension des wissenschaftlichen und politischen Wirkens³.

¹ Zu einem Urbild dieser Species und zum Begriff überhaupt vgl. *Horst Ehmke*, Karl von Rotteck, der „politische Professor“, Karlsruhe 1964.

² Der nachfolgende Beitrag baut auf einer ersten Skizze auf, die ich in Heft 102 (Dezember 1988) der Freiburger Universitätsblätter gegeben habe: Zu Leben und Werk Franz Böhms, S. 81 - 89. Dafür konnten insbesondere die Personal- und Lehrstuhllakten der Rechtswissenschaftlichen Fakultät und des Universitätsarchivs Freiburg ausgewertet werden.

³ Einen guten Zugang zum Werk von Franz Böhm vermitteln die beiden von *Ernst-Joachim Mestmäcker* herausgegebenen Sammelbände: Reden und Schriften, Karlsruhe 1960; Freiheit und Ordnung in der Marktwirtschaft, Baden-Baden 1980. Der Würdigung von Leben und Werk dienen: Wirtschaftsordnung und Rechtsordnung. Festschrift zum 70. Geburtstag von Franz Böhm, hrsg. von Helmut Coing / Heinrich Kronstein / Ernst-Joachim Mestmäcker, Karlsruhe 1965; Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung. Festschrift für Franz Böhm zum 80. Geburtstag, hrsg. von Hans Sauer mann / Ernst-Joachim Mestmäcker, Tübingen 1975; *Wolfgang Preisner*, Nachruf auf Franz Böhm, in: Sitzungsberichte der Wissenschaftlichen Gesellschaft an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt a.M., Bd. XVII Nr. 2, Wiesbaden 1980, S. 65 - 58; Franz Böhm: Beiträge zu Leben und Wirken, bearb. von *Brigitte Kaffke*, Melle 1980 (Forschungsbericht 8, hrsg. im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung v. Klaus Gotto); *Christina Dümchen*, Zur kartellrechtlichen Konzeption Franz Böhms, Frankfurt a.M. 1980 (Wirtschaftsrecht und Wirtschaftsverfassung. Schriftenreihe des Siegener Instituts für Wirtschaftsrecht und Wirtschaftsgesetzgebung, hrsg. von Robert Weimar, Bd. 4). Vgl. auch: Recht und Gesittung in einer freien Gesellschaft. Zur Erinnerung an Franz Böhm aus Anlaß des 90. Geburtstages. Vortragsveranstaltung der Ludwig-Erhard-Stiftung und des Magistrats der Stadt Frankfurt am Main am 21. November 1985 im Kaisersaal des Römers (Standpunkte 2). Im Erscheinen begriffen ist eine umfassende Würdigung Böhms durch *Rudolf Wiethölter*.

I.

Franz Böhm wurde am 16. Februar 1895 als Sohn des damaligen Staatsanwalts Dr. Franz Böhm (1861 - 1915) in Konstanz geboren. Seine Schulzeit verbrachte er in Karlsruhe, wo sein Vater seit Ende der 90er Jahre als Hochschulreferent im Kultusministerium und schließlich vom 19. Mai 1911 bis zu seinem frühen Tod am 30. Juni 1915 selbst als Großherzoglicher Minister des Kultus und Unterrichts fungierte⁴. Nach Abschluß der Reifeprüfung im Jahre 1913 diente er als Einjährig-Freiwilliger. Seine Dienstzeit mündete in den Ersten Weltkrieg ein, den er von Anfang bis Ende mitmachte. Danach studierte Böhm in Freiburg Rechtswissenschaft und legte 1922 bzw. 1924 die beiden Juristischen Staatsprüfungen ab. Schon Ende 1924 wurde er zum Staatsanwalt beim Landgericht Freiburg ernannt, aber alsbald gelangte er in einen größeren Wirkungskreis, der seinen weiteren Weg nachhaltig bestimmen sollte: Von Februar 1925 bis zum 30. September 1931 wurde er zur Dienstleistung als Referent in der Kartell-Abteilung des Reichswirtschaftsministeriums in Berlin beurlaubt, wo Ministerialrat (später: Ministerialdirektor) Dr. Paul Josten sein Chef war⁵. Nach seinen eigenen Angaben hat Böhm von Herbst 1924 bis Frühjahr 1925 der Deutschen Volkspartei⁶ angehört, von da an bis 1945 keiner Partei mehr. Die Annahme liegt nahe, daß er seine Parteimitgliedschaft aufgegeben hat, als er in die Dienste des Reichswirtschaftsministeriums trat.

In die Berliner Zeit – 20. März 1926 – fällt die Verheiratung Böhms mit *Marietta Ceconi*, der am 9. September 1899 geborenen Tochter *Ricarda Huchs* aus deren (erster) Ehe mit dem italienischen Zahnarzt Dr. *Ermanno Ceconi*⁷. Er ist damit in einen Umkreis von geistig-kultureller Hochspannung, aber auch von politischer Sensibilität eingetreten, der ihn geprägt hat; umgekehrt ist das Geschick Böhms und seiner Familie geradezu zu

⁴ Diese Daten nach *Eberhard Gönner* und *Günther Haselier*, Baden-Württemberg. Geschichte seiner Länder und Territorien, 2. Aufl., Würzburg 1980, S. 145. Von Minister Böhm stammt die wertvolle Darstellung über das Hochschulwesen, in: Das Großherzogtum Baden. 2. Aufl., Bd. 1, hrsg. von Edmund Rebmann / Eberhard Gothein / Eugen von Jagemann, Karlsruhe 1912, S. 884 - 930. In seine Amtszeit als Minister (1911) fiel die Eröffnung des neuen Kollegiengebäudes der Freiburger Universität. Die dort angebrachte Inschrift „Die Wahrheit wird Euch frei machen“ (Joh. 8, 32) soll, so wird erzählt, von ihm vorgeschlagen worden sein. Kein Geringerer als *Ernst Troeltsch* hat Franz Böhm sen. einen einfühlsamen Nachruf gewidmet: Zur Erinnerung an Dr. Franz Böhm, in: *Karlsruher Zeitung. Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden*, 158. Jg., Nr. 216 v. 10. August 1915.

⁵ Über diese Behörde vgl. die instruktive Übersicht von *Wilfried Berg*, Reichswirtschaftsministerium, in: *Deutsche Verwaltungsgeschichte*, Bd. 4, Stuttgart 1985, S. 168 - 176.

⁶ Einführende Übersicht dazu bei *Rudolf Morsey*, Art. Deutsche Volkspartei, in: *Staatslexikon*, 6. Aufl., Bd. II (1958), Sp. 670 - 672.

⁷ Zu dieser Persönlichkeit vgl. das literarische Portrait in: *Ricarda Huch*, Autobiographische Schriften – Nachlese – Register (Gesammelte Werke, Bd. 11), Köln 1974, S. 245 - 374.

einem wesentlichen Stück der Biographie der großen Dichterin geworden⁸. Nicht zuletzt spielt der am 14. Juni 1929 geborene Sohn Alexander – heute Ordinarius für Strafrecht, Kriminologie und Strafvollzugswissenschaft in Mainz – als der Enkel „Kander“ in den Briefen und Erinnerungen seiner Großmutter eine bemerkenswerte Rolle⁹. Daß – in den Berliner Jahren – der Austausch mit Franz Böhm für Ricarda Huch eine Hilfe gewesen sein könnte, sich in der Welt des Politischen zurechtzufinden, ja ihr Buch über die Revolution von 1848¹⁰ beeinflusst haben könnte, ist nicht von der Hand zu weisen¹¹. Franz Böhm selbst hat eindringlich beschrieben, welche Bedeutung Berlin für Ricarda Huchs Auseinandersetzungen mit den zeitgenössischen politischen und literarischen Strömungen gehabt hat¹².

Gegen Ende der Zeit, für die er aus dem badischen Justizdienst beurlaubt war, begann Böhm energisch, auf die noch ausstehende juristische Promotion hinzuarbeiten. Im Juli 1931 erscheint er Ricarda Huch als „tief vergraben in seine Dissertation, so daß er alles übrige nur wie im Traume erlebt“¹³. Sein Doktorvater in Freiburg war noch *Heinrich Hoeniger*¹⁴. Schon am Ende des Wintersemesters 1931/32 wurde die Promotion vollzogen, und zwar aufgrund der Dissertation „Der Kampf des Monopolisten gegen den Außenseiter als wettbewerbsrechtliches Problem“¹⁵.

In der Zwischenzeit war auch klargeworden, daß Böhm überhaupt seinen weiteren Weg in der Wissenschaft gehen werde. Vom 1. Oktober 1931 an war er in aller Form erneut beurlaubt worden, jetzt ausdrücklich zum Zweck der Habilitation¹⁶. Anfang April 1933 reichte Böhm seine Habilitationsschrift über „Wettbewerb und Monopolkampf“¹⁷ bei der Freiburger Rechts- und

⁸ Quellen dafür sind vor allem: *Marie Baum*, Leuchtende Spur. Das Leben Ricarda Huchs, Tübingen und Stuttgart 1950; *Ricarda Huch*, Briefe an die Freunde. Ausgewählt und eingeführt von *Marie Baum*, Tübingen 1955.

⁹ Vgl. etwa Briefe, S. 111 ff., 123, 133.

¹⁰ *Alte und neue Götter* (1848). Die Revolution des 19. Jahrhunderts in Deutschland, Berlin und Zürich 1930.

¹¹ Vgl. Briefe, S. 113.

¹² *Franz Böhm*, Berlin, in: Ricarda Huch. Persönlichkeit und Werk in Darstellungen ihrer Freunde, Berlin 1934, S. 65 - 86.

¹³ Briefe, S. 135.

¹⁴ Über ihn vgl. *Manfred Löwisch*, in: *Badische Biographien N.F.* Bd. I (1982), S. 177 f.

¹⁵ Der Untertitel lautet: „Vorstudien zu einer Untersuchung über die Struktur des Wettbewerb- und Kampfrechts“. Die Dissertation ist dann in die Habilitationsschrift als deren erster Teil eingegangen.

¹⁶ *Ricarda Huch* schreibt am 17. August 1932 an Anton Kippenberg: „Mein Schwiegersohn hat sich entschlossen, die Universitäts-Karriere einzuschlagen . . . Man sagte meinem Schwiegersohn, daß er jetzt sehr gute Aussichten hätte, bald einen Ruf zu bekommen, weil – merkwürdigerweise – an Juristen, besonders in seiner Spezialität, Mangel sei. Sollte er nach zwei Jahren noch keinen Ruf bekommen haben, würde er wieder in den Staatsdienst eintreten, da ich länger nicht imstande bin, den Karren allein zu ziehen“ (Briefe, S. 143 f.).

Staatswissenschaftlichen Fakultät ein. Der gerade als Nachfolger von Hoener nach Freiburg berufene *Hans Großmann-Doerth*¹⁸ und – bezeichnenderweise – *Walter Eucken*¹⁹ wurden zu Referenten bestellt. Eine zusätzliche Stellungnahme liegt von *Claudius Frhr. v. Schwerin* vor, dem Germanisten der Fakultät²⁰. Die Habilitationsschrift bringt, schon äußerlich erkennbar, zum Ausdruck, was von nun an zu einem Freiburger Markenzeichen geworden ist, nämlich die innere Verknüpfung von juristischer Analyse und nationalökonomischer Theorie²¹. Die Schrift Böhms hat damit Symbolcharakter für dasjenige, was er später selbst eindringlich beschrieben hat: Die Forschungs- und Lehrgemeinschaft zwischen Juristen und Volkswirten an der Universität Freiburg in den dreißiger und vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts²². Sie ist ein Grund-Buch der sog. Freiburger Schule des Ordo-Liberalismus^{22a}.

Sehr deutlich heben die Gutachten Stoßrichtung und Rang der Böhmschen Habilitationsschrift hervor. Sie präsentierte sich als ein Manifest für den rechtlich umhegten Leistungswettbewerb als Grundelement einer freien Wirtschaft. Großmann-Doerth schreibt, und hier klingen Momente an, die im weiteren Weg Böhms bedeutsam werden sollten: „In stärkstem Gegensatz zu den seit langem die kartellrechtliche Diskussion beherrschenden Schriftstellern vereinigt Böhms eine in langjähriger Arbeit auf dem Wirt-

¹⁷ Die Arbeit trägt den Untertitel „Eine Untersuchung zur Frage des wirtschaftlichen Kampfrechts und zur Frage der rechtlichen Struktur der geltenden Wirtschaftsordnung“ und ist im Carl Heymanns Verlag Berlin 1933 erschienen. In „Dankbarkeit und Verehrung“ ist sie Dr. *Paul Josten*, Ministerialrat im Reichswirtschaftsministerium, zugeeignet.

¹⁸ *Großmann-Doerth* (1894 - 1944) hatte sich 1928 in Hamburg als Schüler von *Hans Wüstendörfer* in Hamburg habilitiert und war auf dem Weg über ein Extraordinariat in Prag (1930) zum Sommersemester 1933 nach Freiburg gekommen. Seine Hauptwerke: *Das Recht des Überseeverkehrs*, Bd. I, Mannheim - Berlin - Leipzig 1930; *Selbstgeschaffenes Recht der Wirtschaft und staatliches Recht*, Freiburg 1933 (Freiburger Universitätsreden, 10); *Die Rechtsfolgen vertragswidriger Andienung*, Marburg 1934; *Wirtschaftsrecht einschl. Gewerberecht*, in: *Grundlagen, Aufbau und Wirtschaftsordnung des nationalsozialistischen Staates*, 2. Bd., Gruppe 2, Berlin 1936.

¹⁹ Zur ersten Orientierung vgl. aus neuester Zeit *J. Heinz Müller*, Art. *Eucken*, in: *Staatslexikon*, 7. Aufl., Bd. II (1986), Sp. 413 f.

²⁰ Über ihn vgl. *Hans Thieme*, *Die germanistische Rechtsgeschichte in Freiburg*, in: *Aus der Geschichte der Rechts- und Staatswissenschaften zu Freiburg i.Br.*, hrsg. von Hans Julius Wolff, Freiburg i.Br. 1957, S. 143 f.

²¹ Zu dem damit verbundenen systematischem Grundproblem erhellend *Joseph H. Kaiser*, *Ökonomische Ordnungspostulate und juristische Normierung*, in: *Zur Einheit der Rechts- und Staatswissenschaften. Ringvorlesung der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg/Br., Karlsruhe 1967*, S. 49 - 54.

²² So der Titel (mit dem Untertitel „Das Recht der Ordnung der Wirtschaft“) seines Beitrags in dem in Fußnote 20 angeführten Sammelband, S. 95 - 113; Wiederabdruck in: *Reden und Schriften* (vgl. Fn. 3), S. 158 - 175.

^{22a} Sehr instruktiv dazu *Fritz Holzwarth*, *Ordnung der Wirtschaft durch Wettbewerb. Entwicklung der Ideen der Freiburger Schule*, Freiburg i.Br. 1985.

schaftsministerium erworbene Sachkenntnis mit Unparteilichkeit. Sehr wirksam wendet er sich öfter gegen die Vernebelungsaktionen, die gerade auf diesem Gebiet immer wieder von seiten der Interessenten und noch mehr ihrer juristischen Vertreter ausgehen. Die kräftige und männliche Ethik, welche überall hindurchschimmert, ist einer der schönsten Züge des Buches. Das aber ist gerade das, was dem wirtschaftsrechtlichen Hochschulunterricht heute in erster Linie notwendig ist: Lehrer, die einerseits durch Arbeit an irgendeiner Stelle des Wirtschaftslebens mit diesem und seinen Triebkräften lebendige Berührung gewonnen haben und die andererseits darüber nicht aufgehört haben, Juristen im echten Sinne des Wortes zu sein, d. h. Diener und Kämpfer des Rechtsgedankens“.

Das Habilitations-Kolloquium hatte das Thema „Die juristische Struktur der Einmann-Gesellschaft“ zum Gegenstand. Es vollzog sich am 22. November 1933. Unter dem 3. Februar 1934 wurde die Habilitation Böhms für die Fächer Handels- und Wirtschaftsrecht vom Karlsruher Ministerium genehmigt. Seitdem übte Böhm, dessen Beurlaubung aus dem Justizdienst erneut verlängert worden war, eine Lehrtätigkeit als Dozent an der Freiburger Universität aus. Er hielt Vorlesungen über Wirtschaftsrecht, Geschichte des Wirtschaftsverfassungsrechts, Wettbewerbsrecht, Gesellschafts- und Konzernrecht, Privatversicherungsrecht und „Geistiges Schaffen“. In den Vorlesungsverzeichnissen nachgewiesen ist auch das von Großmann-Doerth gemeinsam mit Walter Eucken und Franz Böhm veranstaltete „Wirtschaftsrechtliche und wirtschaftspolitische Proseminar für Juristen und Nationalökonomen“.

Standfestigkeit und Überzeugungskraft, die Böhm eigen waren, machten ihn gegen das, was sich unter dem Vorzeichen des Völkischen als „Neue Rechtswissenschaft“²³ zu etablieren suchte, immun, verstrickten ihn aber auch alsbald in Auseinandersetzungen und machten ihn zur persona minus grata. Im Spiegel von Äußerungen Ricarda Huchs gewinnt man Eindrücke von der damaligen Situation: Schon unter dem 2. November 1934 wird von der Möglichkeit gesprochen, daß Böhm „unter diesem Regime keine Professur bekommt“²⁴. Ein Jahr später schreibt Ricarda Huch an Marie Baum: „Hier sind wieder große Schlachten und Siege erfochten. Zu einem Lager, das stattfinden sollte, bekam Eucken keine Einladung. Sofort sagten die übrigen auch ab, und es fanden Zusammenkünfte, Auseinandersetzungen statt, schließlich hat ein hiesiger Führer der Studentenschaft Eucken brieflich um Entschuldigung gebeten, es sei ein Mißverständnis gewesen und er nähme alles zurück . . . Du kannst Dir denken, daß Franz immer der Vorder-

²³ Wichtig dazu *Dieter Grimm*, Die „Neue Rechtswissenschaft“. Über Funktion und Formation nationalsozialistischer Jurisprudenz, in: *ders.*, Recht und Staat der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt a. M. 1987, S. 373 ff.

²⁴ Briefe, S. 171 f.

ste war, überhaupt ohne Franz hätte gewiß die Juristische und Volkswirtschaftliche Fakultät hier nicht die Unabhängigkeit bekommen, die sie jetzt hat. Natürlich kann es ja sein, daß alles einmal ein Ende mit Schrecken hat, manche finden schon, daß er hier und da zu weit gegangen sei. Auf dem letzten Lager hat er sich zum Beispiel sehr freimütig über die Judenfrage geäußert, allerdings war er von den Studenten gefragt worden²⁵. Und schließlich liest man vom Ende des Wintersemesters 1935/36: „Franz sieht auch erbärmlich aus, aber da das Semester jetzt vorbei ist, wird er sich rasch erholen. Daß die Doktorprüfungen noch dazu kamen und Aufregungen mit den Studenten, machte es so anstrengend. Diese letzten Affären sind zu umständlich zu erzählen; schließlich hatte die feindliche Studentengruppe gesagt, Eucken, Großmann, Franz und *Lampe*²⁶ müßten umgebracht werden. Mir war deswegen nicht bange, und jetzt scheint sich alles geordnet zu haben, aber ob nicht doch für Franz schlimme Folge daraus erwachsen, wer weiß das?“²⁷

Was die literarische Produktion anlangt, so steht für die Freiburger Zeit naturgemäß die Habilitationsschrift obenan, die zwar Beachtung gefunden hat, von der aber auch ein scharfsichtiger Kritiker alsbald klar erkannt hat, daß sie nicht mehr in die neue Zeit passe²⁸. Demgegenüber scheint ein großer Aufsatz über „Recht und Macht“ kaum bekanntgeworden zu sein. Wohl vermittelt durch Walter Eucken, konnte er in der von dessen Vater *Rudolf Eucken* begründeten Zeitschrift „Die Tatwelt“ publiziert werden²⁹. *Edith Eucken-Erdsiek* hat später sehr zu Recht an diese Abhandlung erinnert³⁰, die sich als rechtsphilosophisch-rechtstheoretisches Manifest ihres Autors liest. Völlig unbeeinflusst von zeitgenössischer politischer oder ideologischer Phraseologie und ohne vorschnelle Simplifizierungen versucht Böhm, eine Antwort auf die Frage zu geben, wie Freiheit zu verfassungs sein und wie die notwendige „enge Verknüpfung der Rechtswelt mit der Welt des Sittlichen“ des näheren auszugestalten sei. Dabei tritt als entscheidender Gedanke hervor: Das Recht muß bestrebt sein, die ihm unterworfenen Bereiche so zu

²⁵ Briefe, S. 174f.

²⁶ Die wichtigsten Informationen über *Adolf Lampe* bei *Christine Blumenberg-Lampe*, Das wirtschaftspolitische Programm der „Freiburger Kreise“. Entwurf einer freiheitlich-sozialen Nachkriegswirtschaft. Nationalökonomien gegen den Nationalsozialismus, Berlin 1973.

²⁷ Briefe, S. 180; vgl. auch *Leuchtende Spur*, S. 361f.

²⁸ Vgl. die Besprechung durch *Ernst Rudolf Huber*, in: *Juristische Wochenschrift* 1934, S. 1038f.: Die Schrift halte der Kritik nicht Stand, „weil die freie Verkehrswirtschaft heute nicht mehr die verfassungsrechtlich geltende Grundordnung der Wirtschaft ist“. „Die politische Führung des Staates ist nunmehr das Grundgesetz, das die Wirtschaft bestimmt“. Mit Recht hat *Knut Wolfgang Nörr*, *Zwischen den Mühlsteinen. Eine Privatrechtsgeschichte der Weimarer Republik*, Tübingen 1988, S. 176, auf diese signifikante Rezension hingewiesen.

²⁹ *Die Tatwelt* 1934, S. 115 - 132; 169 - 193.

³⁰ Franz Böhm in seinen Anfängen, in: *Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung* (vgl. oben Fn. 3) S. 9 - 14.

regeln, „daß unter der Herrschaft seiner Normen für die sittliche Selbstentfaltung der Persönlichkeit auch in der Beschränkung der breiteste Spielraum gewährt bleibt, der nur immer gewährt werden kann“³¹; ja darin wird der Inhalt des Gerechten gesehen. Solle eine Ordnung gerecht sein, muß in ihr „die Sphäre des Dürfens und Sollens für den einzelnen so bemessen werden, daß ein Höchstmaß sittlicher Selbstentfaltung möglich bleibt“³². Vor diesem Hintergrund ist es dann auch konsequent, wenn als einzige Garantie gegen den Mißbrauch der Macht angesehen wird „das Vorhandensein einer starken und unerschütterlichen Kraft des Rechtsbewußtseins und des sittlichen Vermögens im Volke selbst“³³.

II.

Zum Sommersemester 1936 wurde Böhm als Lehrstuhlvertreter nach Jena beordert³⁴. Dort war durch die Berufung *Alfred Huecks*³⁵ nach München das Ordinariat für Bürgerliches Recht, Handels-, Arbeits- und Wirtschaftsrecht freigeworden. Aber hier begannen alsbald politische Verwicklungen, die es verhindert haben, daß Böhm zum Professor ernannt wurde, ja die dazu führten, daß er sein akademisches Lehramt überhaupt nicht mehr ausüben konnte³⁶.

Der Stein wurde durch regimekritische, besonders gegen die Judenpolitik gerichtete Äußerungen ins Rollen gebracht, die Ricarda Huch und Franz Böhm in privatem Kreise getan hatten. In einem Brief der Dichterin vom 30. Mai 1937 ist davon berichtet³⁷. Gesprächsteilnehmer war ein „alter Kämpfer“, der SS-Hauptsturmführer Hauptmann a.D. *Richard Kolb*, der einen Lehrauftrag für Wehrpolitik und Wehrkunde an der Universität Jena wahrnahm, seit 1938 eine Professur für Wehrwissenschaft. Er war es, der sich entschieden gegen die endgültige Berufung Böhms nach Jena sperte, der aber vor allem auch durch eine Denunziation dazu beitrug, daß dieser und seine Schwiegermutter mit einem Verfahren überzogen wurden. Er stellte

³¹ a.a.O. S. 130.

³² a.a.O. S. 173.

³³ a.a.O. S. 191.

³⁴ Ricarda Huch schreibt am 28. März 1936: „Nachdem ich schon kaum mehr daran dachte, hat Franz heute den Ruf nach Jena bekommen . . . D. h. es ist noch keine definitive Berufung, sondern zunächst nur Vertretung“: *Leuchtende Spur*, S. 362.

³⁵ Über *Alfred Hueck* (7. Juli 1889 - 11. August 1975) siehe: Gedächtnisreden auf Alfred Hueck, gehalten bei der Akademischen Gedächtnisfeier am 19. 6. 1976 in der Universität München von *Claus-Wilhelm Canaris*, *Eugen Ulmer*, *Robert Fischer* u. *Wolfgang Zöllner*, o. O. o. J. (1976).

³⁶ Zum Folgenden vgl. *Leuchtende Spur*, S. 365 ff., ferner die eingehende Darstellung bei *Volker Wahl*, Ricarda Huch. Jahre in Jena, Jena 1982, S. 8 - 16 (Schriftenreihe des Stadtmuseums in Jena Nr. 31). Einer gesonderten Behandlung bedürften die Beziehungen Böhms zu *Carl Goerdeler*.

³⁷ *Leuchtende Spur*, S. 379 f.

am 30. Dezember 1937 beim Leiter der Geheimen Staatspolizei in Weimar den Antrag, Böhm in ein Konzentrationslager zu überführen. Dies löste zunächst die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wegen Vergehens gegen das sog. Heimtückegesetz aus³⁸. Außerdem wurde Böhm am 22. März 1938 der Vertretungsauftrag für den Jenenser Lehrstuhl entzogen.

Daß es in dem gegen Ricarda Huch und Franz Böhm gerichteten Ermittlungsverfahren – beide wurden langen Verhören unterzogen – nicht zu einem Strafverfahren kam, dürfte einer Intervention des damaligen Reichsjustizministers *Franz Gürtner* zu verdanken sein. Er hatte als Vertreter des Bayerischen Staatsministeriums 1924 an den Feierlichkeiten zu Ricarda Huchs 60. Geburtstag teilgenommen und war ihr seit jener Zeit sehr gewogen. Er wirkte offenbar darauf hin, daß das Verfahren aufgrund einer von Hitler nach der Annexion Österreichs erlassenen Amnestie eingestellt wurde. Ricarda Huch und Franz Böhm lehnten zwar die Annahme der Amnestie ab, ihr förmlicher Einspruch wurde jedoch vom Sondergericht Weimar abgewiesen, so daß sie keine Gelegenheit hatten, sich in einem ordentlichen Verfahren zu rechtfertigen. Für die Dichterin war die Angelegenheit damit erledigt; für ihren Schwiegersohn freilich schloß sich an dieses Strafverfahren dann ein Dienststrafverfahren an. Die 1. Instanz, die Dienststrafkammer Jena, verurteilte ihn am 13. Januar 1939 zur Entlassung aus dem Dienst. Diese Entscheidung ist auf die Berufung Böhms hin vom 2. Dienststrafsenat des Reichsdisziplinarhofs Berlin am 22. Februar 1940 in einem sorgfältig begründeten Urteil aufgehoben worden. Das Verfahren wurde eingestellt. Böhm war damit aber keineswegs freigesprochen. Auch der Reichsdienststrafhof hat ihn für schuldig befunden, sich gegen seine Pflichten als Beamter schwer vergangen zu haben. Er hat sein Verhalten freilich milder beurteilt und hätte als Sanktion eine Gehaltskürzung für gerechtfertigt gehalten, die jedoch nach einer Amnestie vom 21. Oktober 1939 nicht mehr verhängt werden durfte. Deshalb kam nur eine Einstellung des Verfahrens in Betracht. In beiden Instanzen wurde Böhm übrigens von seinem Freund Großmann-Doerth verteidigt³⁹, und auch Walter Eucken hatte sich entschieden für ihn eingesetzt⁴⁰.

³⁸ Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniformen vom 20. Dezember 1934 (RGBl. I, S. 1269). Danach wurde mit Gefängnis bestraft, „wer vorsätzlich eine unwahre oder gröblich entstellte Behauptung tatsächlicher Art aufstellt oder verbreitet, die geeignet ist, das Wohl des Reichs oder das Ansehen der Reichsregierung oder das der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei oder ihrer Gliederungen schwer zu schädigen“ (§ 1 Abs. 1); ferner wurde bestraft, „wer öffentlich gehässige, hetzerische oder von niedriger Gesinnung zeugende Äußerungen über leitende Persönlichkeiten des Staates oder der NSDAP, über ihre Anordnungen oder die von ihnen geschaffenen Einrichtungen macht, die geeignet sind, das Vertrauen des Volkes zur politischen Führung zu untergraben“ (§ 2 Abs. 1).

³⁹ Leuchtende Spur, S. 392 u. S. 400.

Trotz dieses Verfahrensausgangs wurde Böhm in seiner Eigenschaft als Beamter in den Wartestand versetzt, und es wurde ihm die Lehrbefugnis entzogen. Damit waren dann auch Freiburger Bemühungen endgültig zum Scheitern verurteilt, die im Frühjahr und Sommer 1940 darauf gerichtet waren, Böhms Stellung als Freiburger Dozent wieder aufleben zu lassen. Berlin hat sein hartes „Nein“ bekräftigt und durchgesetzt, während das Karlsruher Ministerium geneigt gewesen war, den Antrag der Fakultät auf Aufhebung des Leseverbots zu befürworten⁴¹.

III.

Konnte so Franz Böhm zwar nicht in eine förmliche Verbindung zu seiner Heimat-Fakultät treten, so intensivierten sich doch Kontakte anderer Art. Er arbeitete nämlich im Freiburger *Bonhoeffer-Kreis* und in der sog. Arbeitsgemeinschaft *Erwin von Beckerath* mit, und damit an der Ausarbeitung von Aufbau-Konzeptionen für die Zeit nach dem Kriege⁴². Er war beteiligt an der Erarbeitung der im November 1942 verabschiedeten Freiburger-Denkschrift, die von der Vorläufigen Kirchenleitung der Deutschen Evangelischen Kirche in Auftrag gegeben worden war⁴³. Der darin enthaltene Anhang 1 „Rechtsordnung“ hatte ihn und *Erik Wolf* zum Verfasser⁴⁴; naturgemäß sind dem zahlreiche Kontakte vorausgegangen, wie sich aus Tagebuch-Aufzeichnungen Wolfs belegen läßt⁴⁵. Nur der Einleitungssatz kann hier zitiert werden: „Es ist notwendig, den Rechtsgedanken immer wieder neu zu behaupten und zu verteidigen, weil die Welt bis zum Ende der Tage erhalten bleiben muß. Das Recht gehört zu den Ordnungsaufgaben, die aus dem Personsein des Menschen folgen“.

Was die Mitarbeit Böhms in der Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath anlangt, so kann insoweit auf die reich dokumentierte Darstellung von

⁴⁰ „Übrigens hat Professor Eucken einen sehr feinen Brief an das Disziplinargericht geschrieben, worin er verlangt, als Zeuge vernommen zu werden“: Leuchtende Spur, S. 392 (Brief vom 10. Dezember 1938).

⁴¹ Beleg dafür ist ein Brief Erik Wolfs an *Franz Beyerle* vom 17. August 1940: „Das Karlsruher Ministerium hat sich der Auffassung, die unsere Fakultät von der Person des Dozenten Dr. Böhm hat, angeschlossen und den Antrag auf Aufhebung des Leseverbots befürwortet“.

⁴² Vgl. dazu jetzt insgesamt: Wiederhergestellte Ordnungen: Zukunftsentwürfe Freiburger Professoren 1942 - 1948, Freiburger Universitätsblätter, Heft 102 (Dezember 1988).

⁴³ In der Stunde Null. Die Denkschrift des Freiburger „Bonhoeffer-Kreises“: Politische Gemeinschaftsordnung. Ein Versuch zur Selbstbesinnung des christlichen Gewissens in den politischen Nöten unserer Zeit, Tübingen 1979.

⁴⁴ Näheres dazu bei *Alexander Hollerbach*, Zu Leben und Werk Erik Wolfs, in: Erik Wolf, Studien zur Geschichte des Rechtsdenkens, Frankfurt a. M. 1982, S. 235 - 271, bes. S. 251 ff.

⁴⁵ U. a. 19. November 1942: „Abends Franz Böhm, bis 3½ mit ihm Entwurf besprochen“; 28. November 1942: „Langes Telefonat mit Franz Böhm“.

Christine Blumenberg-Lampe verwiesen werden⁴⁶, jetzt auch auf *Ulrich Kluge*⁴⁷. Es ist in diesem Zusammenhang aber von besonderem Wert, daß Franz Böhm selbst in einer kämpferischen Verteidigung gegen entsprechende Vorwürfe und Entstellungen zu dem Thema „Freiburger Schule und Nationalsozialismus“ Stellung genommen hat⁴⁸. Die Kritik hatte an der Tatsache angesetzt, daß Beiträge von Walter Eucken, *Leonhard Miksch*⁴⁹ und Franz Böhm in einem Heft der „Schriften der Akademie für Deutsches Recht“ erschienen sind, Referate nämlich, die 1941 bei einer vermutlich von *Peter Graf Yorck von Wartenburg*, einem der späteren Hauptverschwörer des 20. Juli 1944, angeregten Tagung der Untergruppe „Preis“ der Gruppe „Wirtschaftswissenschaft“ der Akademie gehalten worden sind⁵⁰. Böhm konnte zunächst schon darauf verweisen, daß er und die beiden anderen Freiburger nicht Mitglieder der Akademie gewesen sind, ferner darauf, daß diese Untergruppe „Preis“ nie wieder zusammengetreten ist. Insbesondere aber konnte Böhm in bezug auf sein Referat über „Der Wettbewerb als Instrument staatlicher Wirtschaftslenkung“⁵¹ sowie auf die Referate von Eucken⁵² und Miksch⁵³ hervorheben: „Wir haben keineswegs den Diktatoren unser Schoßkind Wettbewerb ans Herz gelegt, sondern haben umgekehrt dargetan, daß man sich entweder für eine freie oder für eine staatlich gesteuerte Wirtschaft entscheiden muß und daß, wenn man sich für die staatlich gesteuerte Wirtschaft entscheidet, keine Möglichkeit besteht, den Wettbewerb zu bemühen, um sich die Schwierigkeiten interventionistischer Wirtschaftslenkung vom Hals zu schaffen“⁵⁴.

⁴⁶ Das wirtschaftspolitische Programm der „Freiburger Kreise“. Entwurf einer freiheitlich-sozialen Nachkriegswirtschaft. Nationalökonomien gegen den Nationalsozialismus, Berlin 1973 (Volkswirtschaftliche Schriften, 208). Wichtige Quellen dazu jetzt in: *Der Weg in die Soziale Marktwirtschaft. Referate, Protokolle, Gutachten der Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath 1943 - 1947*, bearbeitet v. *Christine Blumenberg-Lampe*, Stuttgart 1986 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 9).

⁴⁷ Der „Freiburger Kreis“ 1938 - 1945. Personen, Strukturen und Ziele kirchlich-akademischen Widerstandsverhaltens gegen den Nationalsozialismus, in: *Freiburger Universitätsblätter. Heft 102* (Dezember 1988), S. 19 - 40.

⁴⁸ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 24. Mai 1955.

⁴⁹ *Leonhard Miksch* (20. Mai 1901 - 19. September 1950), ein Schüler von Walter Eucken, war 1937 mit dem Werk „Wettbewerb als Aufgabe“ hervorgetreten. Er starb alsbald nach seiner 1949 erfolgten Berufung nach Freiburg.

⁵⁰ Der Wettbewerb als Mittel volkswirtschaftlicher Leistungssteigerung und Leistungsauslese. Mit Beiträgen von *Th. Beste, F. Böhm, W. Eucken, J. Jessen, L. Miksch, M. Muß, H. Peter, E. Preiser, Th. Wessels, Graf Yorck v. Wartenburg* vorgelegt von *Günter Schmölders*, Berlin 1942.

⁵¹ Der Wettbewerb als Instrument staatlicher Wirtschaftslenkung (Fn. 50), S. 51 - 98.

⁵² Wettbewerb als Grundprinzip der Wirtschaftsverfassung (Fn. 50), S. 29 - 50.

⁵³ Möglichkeiten und Grenzen der gebundenen Konkurrenz (Fn. 50), S. 99 - 106.

⁵⁴ *FAZ*, 24. Mai 1955 (Fn. 48).

IV.

In den Beziehungen Franz Böhms zu Freiburg und seiner Universität begann ein letzter, durchaus dramatischer Akt mit dem Tod seines Freundes und Förderers Großmann-Doerth am 5. März 1944; dieser war nach einer schweren Verwundung an der Ostfront, wo er als Regimentskommandeur im Einsatz war, in einem Lazarett in Königsberg gestorben⁵⁵. Die Fakultät zögerte nicht, in voller Kenntnis der Jenenser Vorgänge und in kritischer Auseinandersetzung mit den erfolgten Maßnahmen am 12. Juli 1944 Böhm primo loco – vor *Ludwig Raiser* und *Günther Haupt* – auf eine Berufungsliste zu setzen. In der von *Franz Beyerle*⁵⁶ entworfenen Laudatio heißt es abschließend: „Was die wissenschaftliche Qualifikation Böhms betrifft, so wird er heute von allen zuständigen Stellen als einer der ersten Wirtschaftsrechtler Deutschlands gewertet. Er wäre, weil er die wissenschaftliche Forschungsrichtung Großmann-Doerths am reinsten fortsetzt, dessen berufenster Nachfolger. Von ganz besonderer Bedeutung ist seine Arbeit über ‚Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtsschöpferische Leistung‘ 1937⁵⁷. Es besteht kein Zweifel, daß die deutsche Rechtswissenschaft in Böhm einen ihrer grundsätzlichen und klarsten Denker in allen Fragen der Wirtschaftsverfassung besitzt. Die Fakultät würde daher die Gewinnung Böhms als eine besonders glückliche Erwerbung betrachten. Auch als akademischer Lehrer hat Böhm stets nachhaltige Wirkung geübt, wie insbesondere aus einer Äußerung der Studentenschaft Freiburg vom 18.4.1935 hervorgeht. Eine Persönlichkeit von so ausgeprägtem Ethos und solchem Mute der wissenschaftlichen und menschlichen Überzeugung muß gerade auf die heutige Jugend fesselnd und erzieherisch wirken“.

Die Sache zog sich freilich erheblich in die Länge. Auf ein dringendes Schreiben des damaligen Dekans der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät, *Gustav Boehmer*⁵⁸, vom 19. August 1944, äußerte sich das Reichswissenschaftsministerium erst am 22. Januar 1945 und teilte mit, daß nach Fühlungnahme mit dem Sachbearbeiter der Partei-Kanzlei gegen eine Berufung Böhms als Nachfolger von Großmann-Doerth nach wie vor Bedenken bestehen. „Dr. Böhm entspricht . . . in weltanschaulicher Hinsicht nicht den

⁵⁵ Am 12. März 1944 schreibt *Ricarda Huch*: „Franz ist seit vorigem Dienstag in Freiburg, die Nachricht vom Tode von Großmann-Doerth wird ihm sehr nahe gegangen sein. Er ist gestorben, nachdem ihm beide Füße abgenommen wurden, vermutlich erfroren“ (Leuchtende Spur, S. 436).

⁵⁶ *Franz Beyerle* (30. Januar 1885 - 22. Oktober 1977) hatte seit 1. Oktober 1938 den germanistischen Lehrstuhl in Freiburg inne. Über ihn vgl. den Nachruf von *Hans Thieme*, ZRG GA 96 (1979), S. XVII - XXXVI.

⁵⁷ Dieses Werk ist als Heft 1 der von *Franz Böhm / Walter Eucken / Hans Großmann-Doerth* herausgegebenen Schriftenreihe „Ordnung der Wirtschaft“ im Verlag Kohlhammer erschienen.

⁵⁸ Über ihn vgl. *Karl F. Kreuzer*, in: *Badische Biographien N. F.* Bd. I (1982), S. 70 f.

Anforderungen, die an einen nationalsozialistischen Hochschullehrer zu stellen sind. Die Fakultät wird bei dieser Sachlage wegen der Wiederbesetzung des Lehrstuhls andere Vorschläge einreichen müssen“, so heißt es in diesem Schreiben aus Berlin. Trotzdem ließ sich die Fakultät nicht beirren und beantragte beim Rektor unter dem 25. Januar 1945, Franz Böhm jedenfalls einen Lehrauftrag für Handels-, Wirtschafts- und Arbeitsrecht zu erteilen und ihm die kommissarische Leitung des von Großmann-Doerth gegründeten Seminars für Recht der Wirtschaftsordnung zu übertragen. Der Rektor stimmte dem zu⁵⁹. Schließlich erfolgte auch noch die förmliche Beauftragung mit der Wahrnehmung des durch den Tod von Großmann-Doerth freigewordenen Lehrstuhls seitens des badischen Kultusministeriums. Das betreffende Schreiben ist datiert „Meersburg, den 5. April 1945“ und ist ergangen „in der Unterstellung der Genehmigung durch den Herrn Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung“. Ob für diese Unterstellung wirklich ein hinreichender Grund vorlag? Oder sollte das Berliner Schreiben vom 22. Januar 1945, das an den Dekan gerichtet war, dem Kultusministeriums unbekannt geblieben sein? Oder hatte man sich doch, wenn auch in vorsichtiger Formulierung, jetzt nahe vor der großen Wende, über die Berliner Bedenken einfach hinweggesetzt? Böhm, entsprechend vorbereitet und informiert, zögerte keinen Augenblick. In abenteuerlicher Weise hat er sich in den Wirren des Zusammenbruchs nach Freiburg durchgeschlagen, wo er am 8. April ankam.

V.

Am 21. April 1945 wurde Freiburg durch französische Truppen besetzt. Böhms Anwesenheit in Freiburg führte vor dem Hintergrund der geschilderten Ereignisse und Entwicklungen fast zwangsläufig dazu, daß er in der vielberufenen „Stunde Null“ an der Freiburger Universität alsbald in die vorderste Front treten mußte. Schon am 25. April 1945 hat sich an der Universität ein neuer Senat konstituiert⁶⁰. Als Rektor wurde der Mediziner *Sigurd Janssen* gewählt, als Prorektor Franz Böhm. In einer Sitzung vom 8. Mai 1945 haben auf Antrag der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät Rektor und Senat beschlossen, Böhm mit sofortiger Wirkung in das freie Ordinariat für Handels-, Wirtschafts-, Arbeits- und Bürgerliches Recht einzuweisen und ihm zu genehmigen, ab sofort die Dienstbezeichnung des Ordentlichen Professors zu führen. Der Senat hielt sich, wie ausdrücklich hervorgehoben wurde, zu diesem „Akt der Selbstverwaltung“ in dieser Situation des „Notstandes“ für berechtigt. Die förmliche Verleihung der

⁵⁹ Vgl. dazu Briefe, S. 184, und Leuchtende Spur, S. 468.

⁶⁰ Dieses Datum bei *Peter Fässler*, Das Comité d'Etudes – Die Gutachtertätigkeit Freiburger Nationalökonomien für die Alliierten, in: Freiburger Universitätsblätter, Heft 102 (Dezember 1988), S. 102.

Planstelle durch das Badische Kultusministerium erfolgte freilich erst mit Wirkung vom 1. November 1945.

In den Sommermonaten des Jahres 1945 hat sich Böhm voll für den äußeren und inneren Wiederaufbau der Universität eingesetzt. Wie anderen unbelasteten Professoren fiel ihm in besonderer Weise die heikle Aufgabe zu, an der „Reinigung“ mitzuwirken⁶¹. Aber auch außerhalb der Universität war Böhm aktiv. Besondere Aufmerksamkeit verdient seine Mitarbeit in der von *Franz Büchner* ins Leben gerufenen „Christlichen Arbeitsgemeinschaft“, deren Bemühungen eine wesentliche Vorstufe für die Gründung einer politischen Union von katholischen und evangelischen Christen im Sinne einer gemeinsamen Partei gewesen ist⁶². Am 18. September 1945 hat Böhm bei einer Zusammenarbeit dieses Kreises ein offenbar programmatisches Referat über „Politische Verfassung“ gehalten, in dem es insbesondere um die Wiederherstellung des Rechtsstaates und die Begrenzung der Staatsaufgaben ging⁶³.

Allmählich bahnte sich indes eine ganz andere Wendung der Dinge an. Böhm hatte sich nämlich verpflichtet, vom 2. Oktober 1945 ab für die amerikanische Besatzungsmacht im Hauptquartier der USA-Streitkräfte in Hoechst a. M. für drei Monate gewisse gesetzgeberische Vorarbeiten auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Industriepolitik zu leisten⁶⁴. Um diese Tätigkeit aufnehmen zu können, wurde er für drei Monate beurlaubt. Doch auch insoweit ergab sich alsbald ein neues Faktum. Böhm stellte sich dem von den Amerikanern eingesetzten Ministerpräsidenten von Groß-Hessen, Professor Dr. *Karl Geiler*⁶⁵, mit dem er sich vom Fach her sehr verbunden fühlte, als Kultusminister zur Verfügung. In der am 1. November 1945 veröffentlichten Kabinettsliste erscheint Böhm schon als Mitglied der CDU⁶⁶. An dieser Berufung in ein Ministeramt hat wohl *Heinrich Kronstein* einen besonderen Anteil. Kronstein (geb. 1897) stammte aus Karlsruhe und war wie sein älterer Bruder Max (zuletzt Professor für Physik in New York)

⁶¹ Grundlegend dazu *Hugo Ott*, Schuldig – mitschuldig – unschuldig? Politische Säuberungen und Neubeginn, in: Die Freiburger Universität in der Zeit des Nationalsozialismus, im Erscheinen.

⁶² Grundlegend dazu *Paul-Ludwig Weinacht*, Die Christliche Arbeitsgemeinschaft in Freiburg i.Br., in: Freiburger Universitätsblätter, Heft 102 (Dezember 1988), S. 53 - 68.

⁶³ Bericht bei *Weinacht* (Fn. 62), S. 62f.

⁶⁴ Nach den Angaben in einem an den Rektor der Freiburger Universität gerichteten Brief vom 30. September 1945.

⁶⁵ Zur ersten Orientierung vgl. *Konrad Duden*, Art. Geiler, in: Neue Deutsche Biographie Bd. VI (1964), S. 151.

⁶⁶ Vgl. *Wolf-Arno Kropat*, Hessen in der Stunde Null 1945/1947, Wiesbaden 1979, S. 28. Grundorientierung über die allgemeine Entwicklung bei *Erwin Stein*, Art. Hessen I, in: Staatslexikon, 7. Aufl., Bd. II (1986), Sp. 1258 - 1260. Vgl. auch *Michael Stolleis*, Die Entstehung des Landes Hessen und seiner Verfassung, in: Hessisches Staats- und Verwaltungsrecht, hrsg. von Hans Meyer / Michael Stolleis, 2. Aufl., Frankfurt a.M. 1986, bes. S. 13.

schon von früh an mit Franz Böhm bekannt. Wissenschaftlich war Kronstein, der sich 1935 zur Emigration gezwungen sah, ein Schüler von Karl Geiler. Ihm begegnete er wieder als Wirtschaftsjurist im Dienste der amerikanischen Militärregierung. Am 10. Oktober 1945 hielt Kronstein in einer Tagebuchnotiz fest: „Gestern abend traf ich Franz Böhm, und wir hatten eine lange Unterhaltung. Franz ist wunderbar. Sein Gesicht ist höchst eindrucksvoll. Was ich in den vergangenen Jahren erlebt habe, kann nicht mit den Erfahrungen der Leute um Franz verglichen werden. Jetzt ist er Prorektor der Freiburger Universität. – Vor einigen Tagen lief die Frist ab, innerhalb derer ich zuverlässige deutsche Bürger für eine künftige hessische Regierung vorschlagen sollte. Es ist wohl kein Zufall, daß diese Vorschlagsliste fast ausschließlich Namen von Badenern enthält. Geiler war als Ministerpräsident schon von anderer Seite vorgeschlagen worden . . .“⁶⁷. Böhm hat als Kultusminister nur wenige Monate amtiert. Im Februar 1946 hat die amerikanische Militärregierung seine Entlassung gefordert. „Ich konnte dann wenigstens die Sache dahin abbiegen, daß Herr Böhm freiwillig von seinem Amt zurücktrat“, schreibt Geiler⁶⁸. Am 19. Februar 1946 ist Böhm aus seinem Ministeramt ausgeschieden. Es wird berichtet, daß zu den Mißhelligkeiten mit den amerikanischen Instanzen Böhms positive Einstellung zum altsprachlichen Gymnasium und auch sonst seine konservative Haltung in Schulfragen wesentlich beigetragen habe⁶⁹. Besonders wichtig ist aber, daß Böhm alles daran gesetzt hat, gegen den Widerstand von Vertretern der Arbeiterparteien, die eine weltliche Schule wünschten, und der Katholischen Kirche, die sich zunächst für die Bekenntnisschule einsetzte, die christliche Gemeinschaftsschule zu etablieren⁷⁰.

⁶⁷ Briefe an einen jungen Deutschen, München 1967, S. 42.

⁶⁸ Vgl. *Kropat* (Fn. 66), S. 110.

⁶⁹ Vgl. dazu ebenfalls *Kropat* (Fn. 66), S. 288.

⁷⁰ Vgl. dazu den aufschlußreichen Bericht Böhms vom 3. März 1946, bei *Kropat* (Fn. 66), S. 299 - 304. Zum Grundsätzlichen und zu seiner persönlichen Haltung sagt Böhm: „Schon lange bevor ich mein Amt antrat, war ich für meine Person entschlossen, mich politisch für die christliche Gemeinschaftsschule und eine allgemeine christliche Jugendziehung einzusetzen. Als Minister habe ich dieses Ziel als einen wesentlichen Programmpunkt verfolgt und hatte die Absicht, mein Amt zur Verfügung zu stellen, wenn die Einigung auf dieser Basis nicht gelingen sollte. Ich bin in dieser Hinsicht sofort mit rückhaltloser Offenheit zu Werke gegangen . . . Mir persönlich lag am Herzen, die Einigung auf der Basis der christlichen Gemeinschaftsschule zustande zu bringen. In der Aufsplitterung der Volksschulen unter religiösen und weltanschaulichen Kriterien erblickte ich eine schwere Gefahr für die Zukunft. Jeder weiß, daß sich, sobald mehrere Schultypen entstehen, die Kinder eines jeden Schultyps einen besonderen Korpsgeist zulegen, daß sich bei ihnen leicht eine polemisch getönte Abneigung gegen die Kinder anderer Schulen entwickelt, daß solche Gegensätze oft bis ins Erwachsenenalter hineinreichen und besonders dann tiefgreifend und entfremdend wirken können, wenn das die Schulformen unterscheidende Prinzip ein konfessionelles Glaubensbekenntnis oder eine politisch-parteimäßige Weltanschauung ist“ (ebd., S. 299 f.). Darf man positive Erfahrungen mit der Simultanschule badischer Prägung dahinter vermuten?

Wenige Tage nach seinem Ausscheiden aus dem Ministeramt erhielt Böhm einen Ruf auf einen ordentlichen Lehrstuhl an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt, den er rasch annahm. Er hat diese Entscheidung gegenüber dem Dekan der Freiburger Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät vornehmlich mit politischen Gründen motiviert. Er betont u. a., daß Deutschen, die an dem Aufbau des politischen Lebens teilnehmen wollen, in der amerikanischen Zone ein größerer Spielraum zur Verfügung stehe als in den anderen Zonen. „Die Dinge sind hier am weitesten fortgeschritten, zumal dieser Tage auch ein vorbereitender Landesausschuß, bestehend aus 32 Abgeordneten, in Tätigkeit getreten ist. Auch finden diejenigen Bestrebungen, die darauf abzielen, die gesamtdeutsche Entwicklung vorwärtszutreiben und auf sie Einfluß zu nehmen, innerhalb der amerikanischen Zone größere Förderung als dies im übrigen Deutschland der Fall ist. Daran, daß in absehbarer Zeit wenigstens einige zentrale Wirtschaftsressorts für ganz Deutschland errichtet werden, bin ich ja schon wegen der Kartell- und Monopolfrage im höchsten Grade interessiert und hoffe, von hier aus in dieser Angelegenheit mehr tun zu können als dies mir in Freiburg möglich sein würde“⁷¹. Bereitschaft und Wille zu politischem Engagement finden hier deutlichen Niederschlag, ja man wird von einem gewissen Sendungsbewußtsein sprechen dürfen. Die Entscheidung für Frankfurt ist freilich in Freiburg durchaus nicht ohne Enttäuschung aufgenommen worden.

VI.

In Frankfurt war Franz Böhm maßgebend am inneren und äußeren Wiederaufbau der Universität beteiligt⁷²; 1948/49 war er ihr Rektor. Aber seine Wirksamkeit griff rasch über den akademischen Bereich hinaus. Von allem Anfang an war er in den Kreis der Sachverständigen einbezogen, die zur Regelung des Kartellproblems herangezogen wurden. So arbeitete er seit 1948 mit seinem früheren Chef aus dem Reichswirtschaftsministerium, Ministerialdirektor a. D. Dr. *Josten*, an dem ersten deutschen Kartellgesetz-Entwurf mit, der im Juli 1949 dem Frankfurter Wirtschaftsrat vorgelegt wurde⁷³. Es war konsequent, daß sich die CDU sein wirtschaftspolitisches Engagement zunutze zu machen suchte. 1953 wurde Böhm für diese Partei in den Deutschen Bundestag gewählt, dem er während drei Wahlperioden (bis 1965) angehörte, naturgemäß in vorderster Linie vor allem bei der Befeh-

⁷¹ Brief vom 4. März 1946 (Fakultätsakten Freiburg).

⁷² Über die Frankfurter Universität vgl. *Günter Grünthal*, in: *Universitäten und Hochschulen in Deutschland, Österreich und der Schweiz*, hrsg. von Laetitia Boehm u. Rainer A. Müller, Düsseldorf 1983, S. 130 - 136.

⁷³ Vgl. dazu und zu dem Komplex „Kartellgesetz“ überhaupt *Fritz Rittner*, *Wirtschaftsrecht*, 2. Aufl., Heidelberg 1987, S. 216 f.

stigung des Systems der sozialen Marktwirtschaft im allgemeinen, bei den Beratungen des Kartellgesetzes im besonderen. *Ludwig Erhard* selbst hat einmal Böhms Beitrag „zur Grundlegung unserer freiheitlichen, sozialverpflichteten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft“ gerühmt und unterstrichen, daß er deren geistige Grundlagen wesentlich mitgestaltet habe⁷⁴.

Aber so wichtig das ist: In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wird sein Name wohl noch mehr verbunden bleiben mit dem Gesamtkomplex der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts⁷⁵. In den zwölf Bundestagsjahren war Böhms Stellvertretender Vorsitzender des Wiedergutmachungsausschusses; in dieser Funktion hatte er maßgebend mit der Schaffung bzw. Novellierung des Bundesentschädigungsgesetzes von 1956 und des Bundesentschädigungsgesetzes für den öffentlichen Dienst von 1957 zu tun, ferner mit dem Bundesrückerstattungsgesetz von 1957. Ganz besonders aber ist Böhms Wirken verknüpft mit dem Prozeß der Aussöhnung mit dem Judentum und mit dem Staat Israel⁷⁶. *Konrad Adenauer*⁷⁷ hatte ihn, noch vor der Übernahme eines Bundestagsmandats, auf Vorschlag von *Walter Hallstein*⁷⁸, seinem Frankfurter Kollegen, zum Leiter der deutschen Delegation gemacht, die mit Vertretern des Staates Israel und der „Conference for Jewish Material Claims against Germany“ einen Vertrag auszuhandeln hatte. Nach zähem Ringen wurde das Luxemburger Abkommen vom 10. September 1952 zustande gebracht, in dem sich die Bundesrepublik Deutschland zu bedeutsamen Entschädigungsleistungen verpflichtete – „in Erwägung, daß während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft unsagbare Verbrechen gegen das jüdische Volk verübt worden

⁷⁴ *Ludwig Erhard*, Franz Böhms Einfluß auf die Politik, in: Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung (Fn. 3), S. 15.

⁷⁵ Zu diesem Komplex vgl. die Grundinformation bei *Günther Schulz*, Art. Wiedergutmachung, in: Staatslexikon, 7. Aufl., Bd. V (im Erscheinen).

⁷⁶ Das praktische Wirken Böhms im Dienste der Wiedergutmachung und der Aussöhnung mit dem Judentum hat auch in zahlreichen literarischen Äußerungen Böhms Niederschlag gefunden. Vgl. etwa die in dem Fn. 3 angeführten Sammelband „Reden und Schriften“ enthaltenen Beiträge über „Die politische und soziale Bedeutung der Wiedergutmachung“ (S. 193 - 215) und „Die Luxemburger Wiedergutmachungsverträge und der arabische Einspruch gegen den Israel-Vertrag“ (S. 216 - 240). Besonders wichtig und erhellend aber ist seine authentische Darstellung über „Das deutsch-israelische Abkommen 1952“, in: *Konrad Adenauer und seine Zeit*, hrsg. von Dieter Blumenwitz / Klaus Gotto / Hans Maier / Konrad Repgen / Hans-Peter Schwarz, Bd. I, Stuttgart 1976, S. 437 - 465. Nicht zuletzt gehört aber in diesen Zusammenhang auch das eindrucksvolle Geleitwort Böhms zu *Hugo Sinzheimer*, Jüdische Klassiker der deutschen Rechtswissenschaft, Frankfurt a. M., 1953, S. XI - XXVII (wiederabgedruckt in den Reden und Schriften, S. 181 - 192).

⁷⁷ Unter den Leistungen Adenauers wird der Wiedergutmachungsvertrag mit Israel zu Recht hervorgehoben von *Rudolf Morsey*, Art. Adenauer, in: Staatslexikon, 7. Aufl., Bd. I (1985), Sp. 48.

⁷⁸ Über ihn vgl. *Werner Weidenfeld*, Art. Hallstein, in: Staatslexikon, 7. Aufl., Bd. II (1986), Sp. 565 f.

sind . . . und daß der Staat Israel die schwere Last auf sich genommen hat, so viele entwurzelte mittellose jüdische Flüchtlinge aus Deutschland und den ehemals unter seiner Herrschaft stehenden Gebieten anzusiedeln“, wie es in der Präambel heißt. Wie vielen, zeigte sich auch *Nahum Goldmann*, einer der israelischen Unterhändler, von Franz Böhm tief beeindruckt, und er erzählt eindrucksvoll: „*David Ben Gurion*⁷⁹, der im allgemeinen mehr als kritisch gegenüber seinen Mitmenschen war, sehr streng und oft übertrieben in seinen Urteilen, und der Franz Böhm eigentlich nur von der Ferne kannte, aufgrund dessen, wie er sich in den Verhandlungen verhielt, sagte mir mehrfach, er wünsche, es gäbe zehn Böhms in Israel, aber er zweifle, ob es diese gäbe“⁸⁰.

Man kann es gut nachvollziehen, daß eine Persönlichkeit von solchem Profil und solcher Reputation – auch im Ausland – bei der Suche nach einem Nachfolger für den ersten Bundespräsidenten *Theodor Heuss* ins Spiel gebracht wurde, ja Heuss selbst hat ihn, zumindest eine Zeitlang, in erster Linie favorisiert⁸¹.

Franz Böhm arbeitete wissenschaftlich auf einer Basis, die früh grundgelegt wurde, die in den Gefährdungen der nationalsozialistischen Zeit standgehalten hatte und die es ermöglichte, geradlinig konkrete Arbeit bei der Erneuerung der wissenschaftlichen Kultur und der Neugestaltung des politischen Gemeinwesens zu leisten. Er war, wie es *Heinrich Kronstein* treffend ausgedrückt hat, „Staatsdiener im besten Sinne dieses Wortes in der süddeutschen, insbesondere badischen Tradition einer Verbindung der liberalen und christlichen Idee vom Staate und vom Menschen“⁸². Diese Verbindung ist es auch, die das Proprium ausmacht, wenn man ihn als „politischen Professor“ zu würdigen sucht. Am 26. September 1977 ist er in Rockenberg bei Frankfurt gestorben.

⁷⁹ Zu ihm vgl. *Burghard Freudenfeld*, Art. Ben Gurion, in: Staatslexikon, 7. Aufl., Bd. I (1985), Sp. 629 - 631.

⁸⁰ So in: Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung (Fn. 3), S. 26 f.

⁸¹ Vgl. dazu *Wolfgang Wagner*, Die Bundespräsidentenwahl 1959, Mainz 1972 (Adenauer-Studien II), S. 23 u. ö., insbesondere aber *Theodor Heuss*, Tagebuchbriefe 1955/1963, hrsg. von Eberhard Pikart, Stuttgart 1970, S. 393. Heuss scheint freilich kein Verständnis dafür gehabt zu haben, daß Böhm ein überzeugter Anhänger der „Altbadener“ gewesen ist: Böhm beteiligte sich „innenpolitisch an sentimentalischen Provinzialismen, weil sein Vater Großherzoglicher Minister in Baden war“.

⁸² So am Anfang der der Festschrift „Wirtschaftsordnung und Rechtsordnung“ (Fn. 3) unpaginiert vorangestellten biographischen Skizze.